

Dezember 2008

Ein Rück- und Ausblick

Der bevorstehende Jahreswechsel und die Tatsache, dass im Laufe des Jahres 2009 auch eine Kommunalwahl stattfinden wird, veranlassen mich, sowohl zurück als auch nach vorn zu schauen.

Noch immer ist in Drolshagen die politische Realität so, dass in den allermeisten Fällen im Rathaus vorentschieden und in der Mehrheitsfraktion abgenickt wird. Der Bürgermeister erklärt im Hinterzimmer der ihn stützenden CDU-Fraktion wie er die Dinge regeln möchte und viel mehr ist nicht zu besprechen. Da mögen einige mit zufrieden sein, wir sind es nicht. Denn diese Fehlkonstruktion ist das Resultat der Jahrzehnte währenden und für selbstverständlich gehaltenen absoluten Mehrheit der CDU.

Es sollte so sein, dass im Rathaus vorüberlegt wird, Alternativen entwickelt, Kosten und Folgekosten dargestellt werden

und dann in den Ausschüssen und im Rat diskutiert wird, Modifikationen, wenn sinnvoll, vorgenommen werden und dann erst abgestimmt wird. So kann besser sichergestellt werden, dass vor notwendigen Entscheidungen auch die notwendigen Abwägungen erfolgt sind.

Hätte man sich so zum Beispiel nicht sparen können, die Mehrheit der Essinghauser vor den Kopf zu stoßen? Bleibt nicht so das Unbehagen, das persönliche Interessen offenbar wichtiger sind als der Erhalt schutzwürdiger Freiflächen in diesem Ort?

Jedes, noch so sinnvolle Argument, von unserer Seite vorgebracht, geht mit höchster Wahrscheinlichkeit verloren, weil es von der CDU-Fraktion sofort abgewiesen wird. Oft bequemt man sich nicht einmal zur Diskussion. Nein, die CDU-Fraktion will ihre vorentschie-

Es ist besser, ein Licht zu entzünden, als auf die Dunkelheit zu schimpfen.

*Konfuzius, (551 - 479 v. Chr.),
chinesischer Philosoph*

denen Beschlüsse eben nicht in Frage gestellt sehen. Selbst dann nicht, wenn der einzelne CDU-Stadtverordnete unserem Vorschlag gedanklich etwas Gutes abgewinnen kann. Bei der Abstimmung gehen die Mehrheitshände geschlossen hoch. Immer zum Wohle des Bürgers? Wohl kaum.

Warum werden die Ressourcen der gewählten Stadtverordneten so verschleudert?! Dafür hat der Bürger den Rat nicht gewählt.

Das muss sich ändern! Die Chance dazu kommt im nächsten Jahr und wir wollen sie nutzen!

*Theodor Hermann
Vorsitzender der UCW*



- Demokratie stärken
- Zocken mit Steuergeldern — nein, danke!
- Haushalt 2009
- Demografische Entwicklung in Drolshagen
- Schuldenabbau — wo bleibt das Konzept?

Demokratie stärken

ARD DeutschlandTrend November

„Sind Sie mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland...?“

zufrieden	49	-11
unzufrieden	51	+12

Das Ergebnis der Infratest dimap-Befragung lässt aufhorchen. Wie kann es sein, dass mehr als die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung mit unserem politischen System, der Demokratie, unzufrieden ist?

Politik(er)verdrossenheit und sinkende Wahlbeteiligungen sind Folge einer **Parteiendemokratie**, die sich im ganzen Land breit gemacht hat. Gleichzeitig gewinnen radikale Parteien an Boden.

Das haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes nicht gewollt! Parteien sollen bei der politischen Willensbildung „mitwirken“. Sie sollen aber die Mitwirkung des Bürgers nicht ersetzen.

Dies ist leider durchgängig auf allen politischen Ebenen der Fall. Auf den Bürger hören die Parteien nur in Wahlkampfzeiten (s. Rücknahme der Gaspreiserhöhung in Siegen).

Ansonsten ist die durch Parteien abgebildete Demokratie nur auf sich selbst bedacht.

Es geht in erster Linie um Macht, Machterhalt und Machterringung. Dazu ist fast jedes Mittel probat. Der Bürger zählt nur am Rande, er wird nur für sein Wahlkreuz gebraucht.

Die Macht dient überwiegend persönlichen Interessen, seien es Eitelkeiten oder handfeste finanzielle Interessen und nicht den Inhalten. Diese Auswüchse der Parteienherrschaft schwächen die Demokratie. Der Frust über das Parteiengozänk ist verständlich und die Gefahr ist groß, dass immer mehr Menschen den Wahlen fernbleiben. Das wäre für unser demokratisches Gemeinwesen sehr schädlich.

Doch die Demokratie erfindet sich durch unabhängige Wählergemeinschaften neu. Was auf kommunaler Ebene (gerade auch in Drolshagen) schon seit vielen Jahren zu beobachten ist, hat jetzt auch zum ersten Mal auf Länderebene zu entscheidenden Veränderungen geführt. Im September hat die Landtagswahl in Bayern gezeigt, dass die über Jahrzehnte gewachsene Selbstgefälligkeit der Mehrheitspartei (CSU) von den Bür-

gern nicht mehr hingenommen wird.

Die CSU hat ihre für selbstverständlich gehaltene absolute Mehrheit verloren. Die Freien Wähler haben auf Landesebene über 10 % der Stimmen erhalten.

Immer mehr Menschen erkennen, dass sie mit ihrer Stimme doch etwas verändern können. Die Gewissheit, mit der Barack Obama sein Motto ‚Yes, we can!‘ verkündete, ist wirklich ansteckend.

Der Demokratie, die wir für die beste aller Staatsformen halten, ist zu wünschen, dass die Wählerinnen und Wähler nicht in Unzufriedenheit verharren, sondern die Chance der aktiven Teilnahme wahrnehmen.

Günther Kroll
stellv. Vorsitzender der **UCW**

Wer Grund hat sich zu ärgern über das Verhalten von Personen, Parteien und Organisationen, denen es um Macht geht, der soll sich der Politik zuwenden, anstatt ihr verdrossen den Rücken zu kehren.

Richard von Weizsäcker (* 1920)
Bundespräsident 1984-1994

Solide Finanzen — statt Schulden und Zocken

Die Krise der Finanzmärkte, die jetzt auch die Realwirtschaft in den Strudel hineinzieht, macht jedem klar, dass blindes Vertrauen in die von den Banken angebotenen Produkte und deren Versprechungen gefährlich ist. Drolshagen gehört zu den Kommunen, die auch solchen Angeboten gefolgt sind. Man wollte die Zinslast nicht durch Ausgabendis-

ziplin mindern, sondern durch fragwürdige Finanzwetten. Die **UCW** hat von Anfang an versucht das zu verhindern, aber sowohl die Mehrheitsfraktion als auch Kämmerer und Bürgermeister hielten es für angemessen, mit Steuergeld am Roulette teilzunehmen. Unser erneuter Antrag im Oktober 2008 hat zumindest dazu geführt, dass der Rat wieder die

Kontrolle über den Abschluss solcher Geschäfte erhält. Auch wenn vielleicht noch kein Geld verloren wurde, aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht an solchen dubiosen Geschäften!

Unser aller christliche Grundüberzeugungen haben uns schon immer gesagt, dass Maßlosigkeit und Gier nicht die Welt bestimmen sollten.

Haushalts- und Finanzsituation der Stadt

Der bisher vorgelegte Entwurf der Haushaltssatzung 2009 führt im Gesamtergebnisplan zu einem Jahresverlust von 1.696.000 €. Der nach den neuen Regelungen des NKF aufgestellte Haushalt zeigt, dass die Kosten um den vorgenannten Betrag höher sind als die Einnahmen. Somit ist auch der Haushalt 2009 nicht ausgeglichen. Drolshagen lebt weiterhin über seine (finanziellen) Verhältnisse! Konzepte zur Beseitigung dieses Missstandes legt der Bürgermeister trotz permanenter Aufforderung durch uns nicht vor. Es geht um eine Darstellung, wie Kosten verringert werden können bzw. müssen.

Der vom Bürgermeister angekündigten „Konsolidierung der Finanzen“ folgten bisher keine Vorschläge, wie dies geschehen soll. Ob die geplanten Ge-

werbesteuereinnahmen angesichts der sich abzeichnenden Rezession tatsächlich erreichbar sind, dürfte strittig sein. Wenn CDU und Bürgermeister nicht doch bald die Abgaben und Steuern erhöhen wollen, muss dringend die von uns seit langem geforderte Prioritätenliste über finanzielle Anträge und Anforderungen an die Stadt vorgelegt werden, um nicht immer wieder Einzelfallentscheidungen treffen zu müssen, die den Blick auf die Gesamtsituation des städtischen Haushalts vernebeln.

Im Übrigen zeigt das NKF jetzt deutlich, dass neben den Bank- und Darlehensschulden von (geplanten) 22,5 Mio.€ weitere Verpflichtungen von rund 10 Mio.€ aus Schulden gegen den Wasserwerksbetrieb, aus Pensionsverpflichtungen, noch nicht abgerechneten Überstunden in der Ver-

waltung, Verbindlichkeiten gegen Handwerker, Energieversorger etc. bestehen. Von diesen Schulden war in der Haushaltsrede des Bürgermeisters überhaupt nichts zu hören, als seien sie überhaupt nicht existent. Dies ist ein fataler Irrtum. Hier werden die Bürger wohl bewusst im Unklaren gelassen über die tatsächliche Finanzsituation. Der „geplante“ Haushaltsverlust 2009 zeigt deutlich, dass CDU und Verwaltung weiterhin auf Kosten der nachfolgenden Generationen leben wollen.

Karl Rudolf Fölting
Vorsitzender der **UCW-Fraktion**

Politiker werden nach ihrer Standfestigkeit beurteilt; leider beharren sie deshalb auf ihren Irrtümern.

Oscar Wilde (1856—1900)
englischer Schriftsteller

Demografische Entwicklung in Drolshagen — eine Chance?

Die stadt- und sozialräumliche Situation von Drolshagen mit seinen umliegenden 57 Dörfern ist im Hinblick auf die Zukunft von einer Arbeitsgruppe der Universität Siegen analysiert worden. Dazu sind Zahlen bewertet, Menschen befragt und Ortslagen besichtigt worden. Die Erkenntnisse aus dieser Arbeit werden in einem Bericht zusammengefasst, der auch Handlungsempfehlungen enthalten wird.

Unsere geografische Lage und die Anbindung an das Autobahnnetz macht Drolshagen zu einem guten Standort für Firmen, das hält Arbeitsplätze vor Ort. Wir müssen aber dafür sorgen, dass Drolshagen ein interessanter Wohnort bleibt und

die Konkurrenz mit anderen Regionen bestehen kann. Denn nur so werden wir es schaffen, dass gut ausgebildete Frauen und Männer hier bleiben bzw. hierher kommen. Der Wettbewerb um die besten Köpfe wird immer intensiver, so dass auf den verschiedensten Ebenen Überlegungen angestrengt werden sollten, damit Drolshagen seine positiven Standortaspekte noch verbessern kann.

Die **UCW** wird sich intensiv mit dem Bericht auseinandersetzen.

Klar ist schon jetzt, dass wir ein umfassendes Konzept brauchen, von dem sowohl die größer werdende Zahl der älteren Bürgerinnen und Bürger einen Nutzen haben wird als auch junge Menschen, speziell junge Familien. Es gilt, das Miteinander der Generationen und bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Wenn das gelingt, brauchen wir uns vor demografischen Veränderungen nicht zu sorgen.

Annemarie Hermann
Stadtverordnete der **UCW-Fraktion**



Bürgermeister will Schulden reduzieren! Endlich — aber wo ist das Konzept?

Im August 2008 kündigte der Bürgermeister ein „Entschuldungsprogramm“ in Höhe von 6 Mio. € bis 2012 an. Wir wissen zwar nicht, welche konkreten Ansätze er hat, aber immerhin, der Wille an sich wird von uns unterstützt.

Dass es sich leider nur um eine Absichtserklärung und nicht um einen stringenten Plan handelt, geht aus dem Entwurf des Haushaltes 2009 hervor, wo es sinngemäß heißt, „es sollte in den nächsten Haushaltsjahren möglichst keine Nettoneukreditaufnahme mehr geben“. 2009 wird das Ziel nach den jetzigen Zahlen erreicht. Aber dazu ist auch kein Kraftakt erforderlich, denn die Steuereinnahmen der letzten 2 Jahre lagen jeweils ca. 5 Mio. höher als 2006. Und für 2009 wird die gleiche Höhe prognostiziert.

Nein, Herr Bürgermeister, es reicht nicht, auf sprudelnde Steuereinnahmen zu warten; zu einem Entschuldungskonzept gehört mehr. Da muss insbesondere auch der Bürger mitgenommen werden. Wie so etwas funktioniert, dazu unser Literaturhinweis.

Für alle politischen Entscheidungsträger, die nach Maßnahmen zur Entschuldung suchen:

Magnus Staehler: 1-2-3 Schuldenfrei. Wie Langenfeld aus Amtsschimmeln Rennpferde machte - die Erfolgsformel zur Sanierung städtischer Finanzen. Linde Verlag, Wien 2008, Während andere Städte und Gemeinden noch über ihre Verhältnisse Geld ausgaben, zog die Stadt Langenfeld 1986 die Notbremse. Seither werden keine Schulden mehr gemacht und es gilt die alte Hausfrauen-Weisheit: Gib nicht mehr aus, als du einnimmst! Das Prinzip hat funktioniert.

Andere Kommunen haben das schon lange begriffen, wir fangen jetzt damit erst an, obwohl wir die höchst verschuldete Gemeinde im Kreis sind.

Endlich, sagt die **UCW** auch deshalb, weil wir 2005 im Rat beantragten, der Bürgermeister solle ein konkretes Konzept zur Verhinderung einer weiteren Nettoverschuldung vorlegen. Die CDU lehnte ab! Das gleiche passierte 1 Jahr später. Wie kann man das verstehen?!

Jetzt, nachdem der Bürgermeister zumindest den Willen zeigt, ist die CDU natürlich auch dafür. (vgl. S. 1)

Die **UCW** kämpft seit Jahren für ein Umsteuern der Finanzpolitik in Drolshagen und die Erarbeitung einer geschlossenen Konzeption, weg von Einzelentscheidungen. In den Zeiten steigender Einnahmen von Steuern, Beiträgen und Gebühren wurde das Umsteuern versäumt. Schuldenabbau ist kein abstraktes Thema, sondern ein Bürgerthema. Denn letztlich zahlt der Bürger die Zeche einer schlechten Politik. Je höher die Verschuldung, um so mehr wird er zur Kasse gebeten. Schuldenabbau ist Politik für den Bürger, denn er profitiert direkt durch geringere Abgabenlasten. Und zudem gehört zu unserer Verpflichtung, unseren Kindern ein wohl bestelltes Haus zu überlassen.

Jetzt, wo es den Anschein hat, dass uns ein konjunktureller Abschwung bevorsteht, wird der Spielraum eng. Man wird über eine antizyklische Finanzpolitik nachdenken müssen. Im Bund ist es schon so weit.

Es ist leider so, die richtige Zeit für einen Schuldenabbau wurde versäumt — wegen der uneinsichtigen CDU-Politik des „Weiter so!“

Theodor Hermann



**Wir wünschen Ihnen ein
frohes Weihnachtsfest und ein
gutes neues Jahr!**

UCW

Die Unabhängigen in Drolshagen